



HESSISCHER LANDTAG

26. 04. 2023

Plenum

Antrag

**Dr. Daniela Sommer (SPD), Lisa Gnadl (SPD), Ulrike Alex (SPD),
Nadine Gersberg (SPD), Turgut Yüksel (SPD) und Fraktion**

Mehr Unterstützung für ambulante Pflege

Die bestehenden Angebote der ambulanten Kranken- und Altenpflege, insbesondere bei Entlastungs- und Betreuungsleistungen, können den tatsächlichen Bedarf nicht mehr abdecken. Die Liga der Freien Wohlfahrtspflege in Hessen berichtet in einer Pressemeldung vom 5. April 2023, dass 90 % der ambulanten Pflegedienste in den vergangenen sechs Monaten Neukunden ablehnen mussten. Zwei Drittel mussten zudem Wünsche ihrer Kundinnen und Kunden nach Leistungs-Aufstockungen ablehnen. Hintergrund seien ein massiver Personalmangel, aber auch die Preissteigerungen für Energie und Kraftstoffe, die die Sachkosten der ambulanten Pflegedienste in die Höhe getrieben haben. Das Bundesland Bayern hat zu diesem Zweck einen Härtefallfonds eingerichtet, der die ambulante Versorgung zumindest bei den enorm gestiegenen Sachkosten unterstützt.

Der Landtag wolle beschließen :

1. Der Hessische Landtag stellt fest, dass die ambulanten Pflegedienste in Hessen eine unverzichtbare Säule der bestehenden Strukturen unseres Gesundheitssystems sind, um pflegebedürftige Menschen zu versorgen und pflegende Angehörige zu unterstützen. Sie sind vor allem auch deshalb eine unverzichtbare Säule, weil 79% der älteren Generation zu Hause gepflegt werden wollen, 70% dabei mit Unterstützung eines professionellen Pflegedienstes (statista). Nur mit der Hilfe von ambulanten Pflegediensten kann das politische Postulat „ambulant vor stationär“ gewährleistet werden. Die Bedingungen für die pflegerische Versorgung werden jedoch zunehmend schwieriger. Das gilt besonders für strukturschwache Regionen und stellt ländliche Regionen vor besondere Herausforderungen.
2. Der Hessische Landtag stellt weiterhin fest, dass der massive Personalmangel auch im Bereich der ambulanten Pflege inzwischen zu einer Unterversorgung geführt hat. Die Landesregierung wird daher aufgefordert, ein Programm zur Förderung innovativer Projekte zur nachhaltigen Verbesserung der Arbeits- und Rahmenbedingungen in der ambulanten Pflege und damit die Gewinnung dringend benötigter Fachkräfte zu unterstützen.
3. Der Hessische Landtag fordert die Landesregierung auf, gezielte Maßnahmen zur Stärkung der ambulanten Pflege im ländlichen Raum zu ergreifen, die zu einer besseren Kooperation und Vernetzung, zu einer besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie einer verstärkten Digitalisierung in der Pflege beitragen.
4. Der Hessische Landtag fordert die Landesregierung auf, regelmäßige, regionale Pflegekonferenzen durchzuführen, um gemeinsam mit den Kreisen und kreisfreien Städten eine bedarfsgerechte Pflegeinfrastruktur sicherzustellen und rechtzeitig Versorgungslücken zu erkennen. Die Pflegestützpunkte müssen weiter personell gestärkt werden. Für eine Pflege in gewohnter Umgebung ist eine Stärkung der niedrighwelligen Angebote vor Ort unabdingbar.

5. Der Hessische Landtag stellt fest, dass die tarifliche Entlohnung der Pflegefachkräfte und die Tätigkeit ambulanter Pflegedienste ausreichend finanziert werden müssen, damit die Pflegedienste wirtschaftlich arbeiten können und keine Versorgungslücken entstehen. Neben den bereits genannten Maßnahmen bzw. Förderprogrammen gehört hierzu auch die Unterstützung bei den gestiegenen Sachkosten. Die Landesregierung wird daher aufgefordert, analog dem Bundesland Bayern einen entsprechenden Härtefallfonds einzurichten.

Wiesbaden, 26. April 2023

Der Fraktionsvorsitzende:
Günter Rudolph

Dr. Daniela Sommer
Lisa Gnadl
Ulrike Alex
Nadine Gersberg
Turgut Yüksel